

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**  
**Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit**

09.05.2025

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit  
am Montag, 05.05.2025**

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"  
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

**Anwesenheit:**

**Anwesend:**

Vorsitzender

Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke      BSW/BfN

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer      SPD/Grüne

Ratsherr Steffen Bülow      CDUplus

Gremiumsmitglied

Herr Thomas Ambros      AfD

Herr Thomas Kirchner      CDUplus

Ratsherr Dr. Roman Kubetschek      Projekt NB

Ratsherr Michael Stieber      SPD/Grüne

Ratsfrau Sibylle Weber      AfD

Herr Andreas Wolff      BSW/BfN

Verwaltung

Herr Modemann      Beigeordneter und 1. Stellvertreter des OB

Frau Kunze      Abteilungsleiterin Ordnung, Verkehr und Gewerbe

Herr Behm      Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst

Herr Jantsch      Sachgebietsleiter Ordnungswidrigkeiten u. Außendienst

Herr Füsting      Beauftragter des Oberbürgermeisters

Frau Krasemann      Sachbearbeiterin Verkehrsplanung

Gäste

Frau Fröhlich      Referentin der BL NVB GmbH

Herr Demmin      Projektleiter RUFus Neubrandenburg

Frau Finnern      Leiterin PI Neubrandenburg

Herr Scholz      Leiter KK Neubrandenburg

Herr Rusch      Leiter PHR Neubrandenburg

## Öffentlicher Teil

### TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

**Ratsherr Schwanke**, Vorsitzender des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit, eröffnet die 7. Sitzung des AfKUOS und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

### TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

**Ratsherr Schwanke** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Anwesenheitsmehrheit ist gegeben. Es sind **9** von **9** Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 5. Sitzung der Sitzung des AfKUOS vom 03.03.2025 sowie der Sondersitzung vom 17.03.2025

Die Niederschrift der 5. Sitzung vom 03.03.2025 wird mehrheitlich bestätigt (2 Enthaltungen). Die Niederschrift der 6. nichtöffentlichen Sondersitzung wird ebenfalls mehrheitlich bestätigt (1 Enthaltung).

### TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

**Herr Ambros** weist auf einen seit Jahren bestehenden Missstand am Mühlendamm hin. Entlang der dort verlaufenden Bahnstrecke wachse eine etwa 42 m lange Brombeerhecke, die inzwischen auch in den Weg hineinrage. Um die Früchte zu ernten, würden Personen den etwa 7 Meter hohen Bahndamm hinaufsteigen und sich dabei unmittelbar an den Gleisen aufhalten. Herr Ambros bewertet diesen Zustand als äußerst gefährlich, zumal es auf der betreffenden Bahnstrecke kürzlich zu einem tödlichen Unfall gekommen sei. Zur Veranschaulichung übergibt Herr Ambros Bildmaterial von der Örtlichkeit und bittet die Verwaltung, mit der Deutschen Bahn Kontakt aufzunehmen, um auf die Gefahrenlage hinzuweisen und entsprechende Maßnahmen anzuregen.

**Ratsherr Stieber** bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass sein bereits vor einiger Zeit geäußertes Hinweis aufgenommen wurde, entlang der Linde Entsorgungsmöglichkeiten u. a. für Hundekot bereitzustellen. Es wurden mittlerweile mindestens zwei Abfallbehälter aufgestellt, was er ausdrücklich positiv hervorhebt. Ihm wurde nun ein ähnliches Problem für Fünfeichen geschildert. Es gibt viele Hundebesitzer die von Fünfeichen in das benachbarte Mühlenholz unterwegs sind, und es gibt keine Möglichkeit der Entsorgung. *Der Hinweis wird an den Eigenbetrieb weitergegeben.*

**Frau Kunze** informiert, dass die Anfrage von Ratsherrn Dr. Kubetschek zur Straßenbeleuchtung in der Vier-Tore-Stadt durch den Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Abt. Straßen und Gleise, mit den Neubrandenburger Stadtwerken besprochen wurde und die Antwort schriftlich vorliegt. Diese wird der Niederschrift **als Anhang** angefügt.

**TOP 4.1 Information zur beabsichtigten Anpassung der Tarifbestimmungen der NVB GmbH aufgrund der geplanten Einführung des On-Demand-Verkehrs (RUFus) in Neubrandenburg sowie im Zusammenhang mit der Ehrenamtskarte M-V**  
**dazu: Frau Krasemann, SBin Verkehrsplanung Frau Fröhlich und Herr**

## Demmin, Neubrandenburger Verkehrsbetriebe

**Frau Krasemann** bedankt sich für die Einladung in den Ausschuss und stellt Frau Fröhlich und Herrn Demmin von den Neubrandenburger Verkehrsbetrieben vor. Bereits in der Vergangenheit gab es zu diesem Thema einige Informationen. Die Inbetriebnahme zum 1. Juni steht nun unmittelbar bevor. Damit einher gehen die Tarifänderungen.

**Frau Fröhlich** und **Herr Demmin** erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation das **Pilotprojekt** – die Einführung eines On-Demand-Verkehrs in der Stadt Neubrandenburg. Die Umsetzung soll App-basiert erfolgen. Die Präsentation wird der Niederschrift **als Anhang** angefügt.

Nach der Präsentation erfolgte eine Fragerunde, in der alle gestellten Fragen von Frau Fröhlich und Herrn Demmin beantwortet wurden.

**Herr Modemann** schlägt vor, das Pilotprojekt sowohl dem Seniorenbeirat als auch dem Behindertenverband vorzustellen, da es immer wieder große Nachfragen gibt, wie ein Transport bei mobilitätseingeschränkten Personen möglich sei.

### **TOP 4.2 Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 für die Stadt Neubrandenburg dazu: Leiterin der Polizeiinspektion Neubrandenburg, Frau Finnern, Leiter des Polizeihauptreviers, Herr Rusch sowie Leiter der Kriminalkommissariats, Herr Scholz**

Vor der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2024 für die Stadt Neubrandenburg spricht der **Vorsitzende** des Ausschusses der Feuerwehr, der Polizei sowie den Mitarbeitenden des Außendienstes im Ordnungsamt seinen ausdrücklichen Dank für ihren engagierten Einsatz, ihre tägliche Präsenz im Stadtgebiet und ihre umfassende Arbeit aus. Er hebt hervor, dass diese Leistungen in der Öffentlichkeit leider oft zu wenig Anerkennung finden und vielfach als selbstverständlich angesehen werden. Besonders die Mitarbeitenden des Außendienstes würden in der Bevölkerung lediglich auf ihre Rolle als „Knöllchenschreiber“ reduziert, obwohl ihr Aufgabenbereich breiter gefächert ist und einen wichtigen Beitrag zur Ordnung und Sicherheit in der Stadt leistet. Zudem würdigt der **Vorsitzende** das umfangreiche Aufgabenfeld der Landespolizei, das innerhalb der Stadt Neubrandenburg eine erhebliche Bandbreite an Einsätzen und Verantwortlichkeiten umfasst. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die aktuellen Ankündigungen des Bundesinnenministers, künftig deutschlandweit verstärkt auf Kontrollen und Präsenzmaßnahmen zu setzen, um die öffentliche Sicherheit weiter zu stärken.

**Frau Finnern** erläutert, dass zwischen der subjektiven Sicherheit, also dem, was vom Bürger empfunden wird, und dem, was sich tatsächlich in Zahlen präsentiert, eine große Differenz liegt. Die Stadt Neubrandenburg hat im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung ein gutes Sicherheitslagebild. Das wir in den letzten Jahren in der Stadt das eine oder andere Problem hatten, ist etwas, dass politisch und gesellschaftlich erzeugt wurde. Aber die Zahlen sprechen nicht dafür, dass es in der Stadt große Probleme gibt.

**Herr Scholz** erläutert anhand einer Präsentation das Kriminalitätslagebild in der Stadt Neubrandenburg. In dieser Präsentation sind politisch motivierte Straftaten und Verkehrsstraftaten nicht enthalten. Auch die Straftaten, die ihren Ursprung im Ausland haben, sind ebenfalls ausgenommen.

Besonderes öffentliches Interesse gibt es insbesondere immer, wenn eine Straftat bekannt geworden ist, bei der u. a. Waffen genutzt werden, insbesondere wenn die Waffen Messer sind. Dies wird mittlerweile im Detail ausgewertet. Es ist festzustellen, dass über die Hälfte derjenigen, die eine Straftat mit einem Messer begehen, nichtdeutsch bzw. nicht deutscher

Staatsangehörigkeit sind. *Sh. Auszug Präsentation: „Im Zusammenhang mit dem Phänomen Tatmittel Messer waren in NB im Jahr 2023 von 33 festgestellten Tatverdächtigen (TV) 20 nichtdeutsch. Im Jahr 2024 waren von 24 festgestellten TV 13 nichtdeutsch.“*  
Die Präsentation wird der Niederschrift **als Anhang** angefügt.

**Herr Rusch** informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass das Revier jährlich etwa 12.500 Einsätze verzeichnet, was über 1.000 Einsätzen pro Monat entspricht. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um kriminalpolizeiliche Maßnahmen, sondern auch um gefahrenabwehrende Einsätze. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt sowie weiteren Behörden. Die Polizei nimmt im Rahmen ihrer Eilzuständigkeit Aufgaben nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz wahr – insbesondere dann, wenn andere Behörden nicht mehr erreichbar oder zuständig sind. Zu den regelmäßigen Einsatzen zählen u. a. die Aufnahme von Verkehrsunfällen. Herr Rusch betont die zentrale Rolle der Polizei bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.

**Frau Finnern** informiert, dass sie kürzlich ein Schreiben mit Ergebnissen zum Thema Jugendgewalt und Gewalt an Schulen an den Landrat, den Jugendhilfeausschuss sowie den Kreispräventionsrat gesendet hat. Für den Landkreis MSE befinden sich die Fallzahlen noch in einem niedrigen dreistelligen Bereich. Sie sind allerdings proportional extrem angestiegen. Diese Thematik muss im Landkreis unbedingt erörtert werden.

**Herr Kirchner** fragt, welche Wünsche die Polizei an die Stadtverwaltung oder Stadtvertretung oder an die Bürgerinnen und Bürger richten würde.

**Herr Rusch** antwortet, dass eine enge und funktionierende Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden von großer Bedeutung sei. Er betont, dass die Polizei häufig im Rahmen ihrer Eilzuständigkeit tätig werden müsse, wenn andere Behörden nicht erreichbar oder zuständig seien. Daher wünsche sich die Polizei, dass alle Behörden ihre Aufgaben im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zuverlässig wahrnehmen, um eine Entlastung der Polizei zu ermöglichen. Darüber hinaus richtet Herr Rusch auch einen Appell an die Bürgerinnen und Bürger. Die Veröffentlichung der PKS verstehe er zugleich als Aufruf zur Eigenverantwortung und zum gesellschaftlichen Engagement. Die Fallzahlen seien aus Sicht der Polizei nach wie vor zu hoch. Daher bittet er die Bevölkerung, aufmerksam zu sein, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen und die Polizei durch zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen – etwa durch Zivilcourage, durch die Bereitschaft, als Zeugin oder Zeuge zur Verfügung zu stehen, und durch aktives Hinsehen statt Wegschauen.

**Herr Rusch** betont zudem die Bedeutung der Präventionsarbeit, insbesondere im schulischen Bereich. Die Polizei sei in diesem Bereich sehr aktiv und arbeite eng mit den Schülern sowie mit dem Präventionsrat zusammen, in dem auch verschiedene Behörden und Vereine vertreten sind. Aus seiner Sicht sollte das Thema Prävention – gerade an Schulen – noch stärker in den Fokus gerückt werden.

**Frau Finnern** ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägern – insbesondere dem Jugendamt und der Ausländerbehörde – in Bezug auf einzelne Protagonisten sehr gut funktioniere. Insbesondere in Einzelfällen könne eine schnelle Klärung in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft erfolgen. Sie weist jedoch darauf hin, dass es darüber hinaus einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag gebe, der sich auf Bildung, Erziehung und Prävention beziehe. In diesem Bereich sehe sie die Polizei weniger in der Verantwortung. Vielmehr sei ein stärkeres Bewusstsein dafür erforderlich, wo und wie Gewalt entsteht und welche Gewaltphänomene es gibt. Die Polizei könne letztlich nur repressiv auf diese Entwicklungen reagieren. **Frau Finnern** weist darüber hinaus darauf hin, dass sie die gegenwärtige Entwicklung der Gewalt an Schulen als besorgniserregend einschätzt. Auch wenn die absoluten Zahlen derzeit noch vergleichsweise gering seien, sei eine Zunahme – etwa um 250 Prozent – ein deutliches Warnsignal. Daraus lasse sich erkennen, dass für einige Kinder und Jugendliche ein problematischer Weg bereits vorgezeichnet sein könnte. Sie spricht sich daher dafür aus, schulische Konzepte stärker auf die Themen Konfliktbewältigung,

Gewaltprävention und den Umgang mit Gewaltphänomenen auszurichten. In diesem Zusammenhang betont sie, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, das bundesweit zu beobachten sei. Viele junge Menschen fänden sich in der Gesellschaft kaum wieder und hätten nicht gelernt, konstruktiv mit Konflikten und Gewalt umzugehen. Sie spricht von einer Generation, die sich in Teilen problematisch entwickle und bei der mitunter auch ungünstige Zukunftsprognosen zu erwarten seien.

**Herr Scholz** ergänzt, dass viel investiert wird in die Warnung der Bevölkerung insbesondere im Bereich Betrug. Ältere Bürger sitzen teilweise sehr perfiden Betrugsvarianten auf. Allerdings ist die Polizei in ihren Möglichkeiten beschränkt. Diese Betrugsfälle werden bekannt gemacht, allerdings führt die zunehmende Vereinsamung dazu, dass diese Fälle nicht unmittelbar festgestellt werden bzw. Scham die Betroffenen davon abhält, Anzeige zu erstatten.

**Ratsherr Schwanke** sagt, dass gegenwärtig das Sicherheitskonzept für die Stadt Neubrandenburg überarbeitet wird. In jüngster Vergangenheit sei insbesondere aus dem Bereich des Marktplatzcenters und der Innenstadt der Wunsch nach mehr Präsenz von Polizei und Außendienst des Ordnungsamtes laut geworden. Die Bestreifung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außendienstes erfolge bereits seit einiger Zeit verstärkt in der Innenstadt. Er fragt, ob auch durch die Polizei eine intensivere Bestreifung vorgesehen sei und ob hierfür ausreichend Personal zur Verfügung stehe.

**Frau Finnern** antwortet, dass dies letztlich eine politische Frage sei – nämlich, wie viel Polizei gewünscht werde und in welcher Form. Dabei stelle sich grundsätzlich die Frage: Wünscht man sich eine Interventionspolizei, die lediglich auf Zuruf tätig wird, oder eine dauerhaft präsente Polizei? Sie betont, dass insbesondere in einem Oberzentrum wie Neubrandenburg die subjektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste im Innenstadtbereich eine Rolle spiele, da sie auch auf den gesamten Landkreis ausstrahle. Für diese Aufgabe sei dem Leiter des Polizeihauptreviers, Herrn Rusch, zusätzliches Personal zugesichert worden.

Weitere anfallende Anfragen wurden durch Frau Finnern, Herrn Rusch und Herrn Scholz beantwortet.

#### **TOP 4.3 Informationen zur Sicherheit in der Innenstadt der Vier-Tore-Stadt dazu: Frau Kunze, Abteilungsleitern Ordnung, Verkehr und Gewerbe**

Auf der Grundlage der Niederschrift des AfKUOS vom 03.03.2025, insbesondere auf den TOP 9: Beschlussvorlage BV/VIII/0121, letzter Absatz: „*Am Ende fehlte eine Zusammenfassung bzw. Aufgabenstellung an die Verwaltung, weshalb der auf S. 6 im Abs. 3 formulierte Vorschlag - **Herr Füsting schlägt vor, im Sinne der von Ratsherrn Großmüller eingebrachten Beschlussvorlage eine ergänzende Vorlage zur Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes für die Turmstraße und den Marktplatz zu erstellen** – in der Nachbereitung mit dem Ausschussvorsitzenden als Aufgabenstellung für die Verwaltung formuliert wurde.*“, informiert Frau Kunze anhand einer Power-Point-Präsentation zur aktuellen Situation in der Innenstadt aus Sicht der Stadtverwaltung. Diese Präsentation wird der Niederschrift **als Anhang** angefügt.

**Herr Wolff** verlässt die Sitzung um 19:13 Uhr. Es sind **8 Mitglieder** anwesend.

Nach den Ausführungen von Frau Kunze und den anschließenden Wortmeldungen der Ratsfrauen und Ratsherren wurde zu dem Tagesordnungspunkt keine Entscheidung getroffen. Der Tagesordnungspunkt wird daher in der nächsten Sitzung erneut aufgegriffen und auf die Tagesordnung gesetzt.

**Frau Weber** verlässt die Sitzung um 19:31 Uhr. Es sind **7 Mitglieder** anwesend.

**Frau Kunze** informiert, dass ihr heute kurzfristig eine Zuarbeit übergeben wurde, unterzeichnet von der Jugendbeteiligungskordinatorin, der Jugendwerkstatt der Kolping Initiative MV gGmbH sowie der Mobilien Jugendsozialarbeit Caritas, wonach sich diese klare, feste Jugendtreffpunkte in der Innenstadt und daneben einen Jugendclub mit Begleitung durch Sozialarbeiter wünschen. D. h., durch diese Maßnahmen sollen die möglichen Problemfälle von Morgen heute schon aufgefangen werden. Sie weist darauf hin, dass dies ohne finanzielle Mittel nicht möglich sein wird.

**TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird bestätigt. Änderungsbedarf besteht nicht.

**TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung**

**TOP 7 Parken von E-Rollern**  
**Einreicher: CDUplus-Fraktion**  
**Vorlage: BV/VIII/0145**

**beraten**

**Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Ratsherr Schwanke** schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

gez. Hans-Jürgen Schwanke  
Ausschussvorsitzender

gez. Sylvana Rähler  
Protokollantin